



Fragestunde vom 17. März 1986

Frage J: Salvioni. Eisenbahn-Alpentransversalen.  
Erklärungen des italienischen Verkehrsministers

La scorsa settimana il ministro italiano dei trasporti Claudio Signorile, intervistato dalla televisione italiana, ha dichiarato che a seguito della decisione di una commissione governativa italiana, verso il nord le ferrovie italiane hanno previsto solo due raccordi internazionali: il Brennero e lo Splügen.

Il capo del dipartimento federale dei trasporti, reduce da un incontro con i ministri dei trasporti delle nazioni vicine, può comunicare cosa è stato deciso in merito?

Corrispondono al vero le dichiarazioni del ministro italiano? Qual'è l'atteggiamento dei governi della Germania federale e dell'Austria?

Non pensa il capo del DFTCE che la Svizzera finirà per dover subire passivamente le decisioni degli stati vicini?

Antwort

Die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Oesterreichs und der Schweiz haben sich am 1. Februar 1986 in Zürich erneut getroffen. Wir haben bereits vor einer Woche, anlässlich der Beantwortung der Frage Clivaz, darüber berichtet. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahn-Alpentransversalen. Steigerungen der Transitkapazität der Alpenautobahnen fallen aus verschiedenen Gründen ausser Betracht.

Die Leistungsfähigkeit der Alpenbahnen wird zunächst durch den Ausbau der bestehenden Linien erhöht. Entsprechende Arbeiten sind auf mehreren Achsen im Gange. Die Minister befassten sich sodann mit Projekten für weitere Eisenbahn-Alpentransversalen. Sie beschlossen, die damit in Zusammenhang stehenden Fragen durch einen Stellvertreter-Ausschuss weiter bearbeiten zu lassen, in welchem auch die Schweiz aktiv mitwirkt. Dieser hat den Verkehrsministern bis 1987 die notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Anschliessend werden sich die beteiligten Regierungen und Parlamente damit zu befassen haben.

Von einer passiven Erduldung von im Ausland getroffenen Entscheidungen kann selbstverständlich keine Rede sein. Der Bundesrat äussert sich im übrigen nicht zu Erklärungen, die in ausländischen Medien gemacht worden sein sollen.